

Wahlprüfstein DIE LINKE

**Bundesarchitektenkammer
Askanischer Platz 4
10963 Berlin**

planende Berufe in Deutschland

Zur Bundestagswahl 2009 wenden sich die deutschen Architekten, Innenarchitekten, Landschaftsarchitekten, Ingenieure und Stadtplaner an die zur Wahl stehenden Parteien und ihre Kandidaten und bitten sie, zu den Forderungen der planenden Berufe für die kommende 17. Legislaturperiode Stellung zu nehmen. Die deutsche Bauwirtschaft und mit ihr die planenden Berufe stehen wegen der aktuellen Rezession und der strukturellen Veränderungen aufgrund von Demografie, Klimawandel und technischem Fortschritt vor gewaltigen Aufgaben. Angesichts der großen gesamtwirtschaftlichen Bedeutung des Planungs- und Bausektors müssen die Rahmenbedingungen für die Arbeit der Architekten, Ingenieure und Stadtplaner verbessert werden. Dies wäre eine konsequente Umsetzung der Forderungen des auf Basis des Koalitionsvertrages der Bundesregierung erarbeiteten Leitbilds Bau. Wir wollen die Qualität der geplanten Umwelt zum Wohle der Bürger verbessern. Dazu brauchen die deutschen Architekten, Ingenieure und Stadtplaner die Unterstützung von Parlament und Regierung.

Antwort DIE LINKE

Der Klimawandel und die ungewöhnlichen demographischen Veränderungen in unserer Gesellschaft bringen neue Anforderungen an die planenden Berufe mit sich und erfordern höchste Ansprüche an Qualität und Kreativität ihrer Arbeit.

Die gebaute Umwelt trägt die Hauptlast des Energieverbrauchs. Hier verbergen sich die hauptsächlichen Ursachen des Klimawandels zum einen und ein erhebliches Potential an Energieeinsparung und somit der Reduzierung der klimaschädlichen Abgase zum anderen.

Wir unterstützen daher eigene Initiativen der Bauwirtschaft und der planenden Berufe für die Suche nach ganzheitlichen Lösungsansätzen, die zum Beispiel in der Gründung des Vereins Deutsche Gesellschaft für nachhaltiges Bauen ihren Ausdruck findet.

Die energetische Sanierung und die Anpassung der Wohnbestände an die sich verändernden Wohnbedürfnisse der älter werdenden Bevölkerung kann eine bisher nicht dagewesene Sanierungswelle auslösen. Die Bundesregierung und das zuständige Ministerium haben das bisher nicht erkannt. Im Konjunkturpaket kommen Investitionen in Wohnungsbestände nicht vor. Das ist nicht akzeptabel. DIE LINKE wird an dieser Stelle deutliche Nachbesserungen einfordern. Denkbar wäre eine Abwrackprämie im Immobilienbereich für den Abriss energetisch ineffizienter Gebäude bei gleichzeitigen Neubau nach den höchsten Energiestandards – Ersatzweise eine Sanierungsprämie bei erhaltenswerten Beständen wenn die energetische Sanierung vergleichbare Energieeinsparungen erzielt.

Ihre Wahlprüfsteine und Ihre Forderungen an die zur Bundestagswahl 2009 stehenden Parteien verstehen wir auch als ein Angebot zur Bewältigung der enormen vor uns stehenden Aufgaben.

I.) Ihre Forderung nach einer zeitgemäßen Honorarordnung und nach transparenten und qualitätsorientierten Regeln für die Vergabe öffentlicher Aufträge teilen wir.

Neue Anforderungen und höhere Ansprüche an jegliche Arbeit erfordern eine Anpassung der Rahmenbedingungen. Eine Honorarordnung von 1996 wird den Aufgaben des Jahres 2009 nicht mehr gerecht. Die Novellierung der HOAI in 2009 lässt viele Probleme ungelöst. Die von der HOAI erfassten Leistungen stellen einen interdisziplinären Prozess dar, der Beratungsleistungen in allen Phasen einschließt, der nicht willkürlich gestückelt werden darf. Die Höhe der Honorare muss regelmäßig angepasst werden und sollte sich am allgemeinen Preisindex orientieren. Zwanghaftes unterbieten der Preise führt zu Preisverfall, Qualitätsverlust und Verlust der Angebotsvielfalt, aber auch zu Ausbeutung und sozialer Ungerechtigkeit. Um eine fachgerechte und nicht ausschließlich fiskalische Betrachtung und Behandlung der HOAI zu gewährleisten sollte als Konsequenz des HOAI-Novellierungsverfahrens zukünftig das BMVBS die Federführung übernehmen.

Die bau- und wohnungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Heidrun Bluhm, war in dieser Legislaturperiode im Prozess der HOAI-Novellierung eine treibende und verlässliche Kraft wenn es um die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Architekten und Ingenieure und ein vereinfachtes und transparentes Honorarverfahren ging.

Es ist ein weitverbreitetes grobes Missverständnis, dass ein billiges Angebot zugleich ein wirtschaftliches sei. Mit der Vergabe öffentlicher Aufträge muss eine Unternehmenslogik befördert werden, die nicht einseitig gewinnorientiert ist, sondern Dienstleistungen für unterschiedliche Bedürfnisse in einer Stadt, einer Region entwickelt. Das heißt nicht Wettbewerb um den niedrigsten Preis sondern um architektonisch und ökologisch anspruchsvolle, an den Bedürfnissen der Menschen orientierten Bauten.

DIE LINKE setzt sich bei der Vergabe öffentlicher Aufträge für klare Regeln ein:

- Die Vergabe öffentlicher Aufträge ist an die Einhaltung sozialer und ökologischer Kriterien zu koppeln, wie z. B. die Zahlung von Tariflöhnen bzw. eines gesetzlichen Mindestlohns, Gleichstellung von Frauen und Männern, Förderung und gleichberechtigter Zugang von Menschen mit Behinderung und Migrationshintergrund.

- Die Vorschriften über die Auftragsvergabe an Großunternehmen sind so zu verschärfen, dass z. B. durch kleinere Lose die Chancen von kleinen und mittleren Unternehmen bei der Auftragsvergabe verbessert werden.

An diesen Maßstäben müssen sich auch die Verdingungsordnung für freiberufliche Leistungen (VOF), die Verdingungsordnung für Leistungen (VOL) und die Vergabe- und Vertragsordnung (VOB) orientieren.

Die Belange von Klima und Umweltschutz sind vom gesamtgesellschaftlichen Interesse. Die Verankerung von Klima- und Umweltschutzbelangen in Planungs- und Baurecht ist unabdingbar wenn wir es ernst meinen mit dem Erreichen von Klimaschutzziele. DIE LINKE meint es sehr ernst mit diesem Thema und unterstützt jede Maßnahme die geeignet ist, die Treibhausgasemissionen

gemessen am Basisjahr 1990 bis 2020 um 40% zu reduzieren. Wir sehen in Netzwerken wie der Deutschen Gesellschaft für nachhaltiges Bauen e.V. unterstützenswerte Initiativen.

DIE LINKE fordert einen grundlegenden Kurswechsel in der Rentenpolitik. Kosmetische Veränderungen am bestehenden System reichen nicht aus, um den Lebensstandard der 300.000 in Architektur- und Ingenieurbüros Beschäftigten im Rentenalter zu sichern. DIE LINKE fordert deshalb den Ausbau der gesetzlichen Rentenversicherung zu einer solidarischen Erwerbstätigenversicherung. In dieses System sollen auch Selbständige, Beamtinnen und Beamte, Politikerinnen und Politiker einbezogen werden. Die riskante private Vorsorge soll in die neue Erwerbstätigenversicherung überführt und die staatliche Förderung eingestellt werden.

II.) DIE LINKE teilt Ihre Bewertungen der Ausbildungsanforderungen an die planenden Berufe und Ihre Forderungen nach einer Ausbildung auf hohem Niveau und deren internationalen Anerkennung.

DIE LINKE erhebt den Anspruch, dass Bildung allen Menschen frei und in gleichem Maße zugänglich gemacht werden muss. In Anbetracht der Versäumnisse und der vor uns liegenden Aufgaben ist eine grundlegende demokratische Bildungsreform mit sozialer Ausrichtung überfällig. DIE LINKE fordert in diesem Zusammenhang den offenen Studienzugang auf der Grundlage eines bundesweiten Hochschulzulassungsgesetzes, die Abschaffung der individuellen Auswahlverfahren, die Verankerung des Master als Regelstudienabschluss und den Ausschluss der Zugangsbeschränkungen beim Übergang vom Bachelor zum Master und somit die Überwindung der lernfeindlichen Restriktionen des Bachelor/Master-Systems. Mit einem von uns geforderten „Studienpakt II“ können gute Studienbedingungen gesichert, die Mittel pro Studienplatz erhöht, eine bessere Betreuung im Studium sowie mehr Frauenförderung garantiert werden. Der sozialen Auslese begegnen wir mit der Abschaffung der Studiengebühren und der Einführung eines elternunabhängigen und Bedarf deckenden BaföG.

DIE LINKE fordert ein verteilungsgerechtes Steuersystem. Kleine und mittlere Einkommensbezieher müssen spürbar entlastet, der Anteil der Vermögenden und steuerlich Leistungsfähigen am Steuereinkommen dagegen erhöht werden. Davon profitieren auch Existenzgründerinnen und Existenzgründer, die in den Anfangsjahren noch nicht über den notwendigen wirtschaftlichen Erfolg verfügen.

Die Europäische Union verfolgt eine Politik der ungehinderten Wirtschaftsfreiheit, der dienstleistungs- und Kapitalfreiheit, der Entstaatlichung, Privatisierung und Deregulierung. Die Bundesregierung unterstützt diesen Kurs und nimmt es billigend in Kauf, dass der Binnenmarkt geschwächt wird, der Einfluss der europäischen Großunternehmen zunimmt und der Verbraucherschutz vernachlässigt wird. DIE LINKE unterstützt Ihre Forderungen nach dem Erhalt hoher deutscher Qualitätsstandards in den Bereichen der Planungsleistungen und teilt Ihre Befürchtungen vor einem ruinösen Preiswettbewerb. DIE LINKE macht sich deshalb stark für europäische Sozialstandards.

III.) Die finanzielle Situation der Städte und Gemeinden ist eine Folge der bundesdeutschen Finanz- und Steuerpolitik, eine Folge der

Steuerungsgerechtigkeit. DIE LINKE fordert eine Gemeindefinanzreform, die die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen in kommunalen Unternehmen bundes- und europarechtlich sichert und eine kommunale Daseinsvorsorge gewährleistet. Dazu müssen die Anteile der Kommunen an den Gemeinschaftssteuern neu geordnet werden und kommunale Investitionspauschalen in direkte Verantwortung der Kommunen übergeben werden. Ein Mehr an wirtschaftlicher und politischer Selbständigkeit würde die Gemeinden vom ruinösen Standortwettbewerb entlasten, den Flächenverbrauch reduzieren und eine Konzentration auf die Entwicklung der Innenstädte ermöglichen.

DIE LINKE hat sich in der jetzigen Legislaturperiode vehement für eine Reduzierung der Flächeninanspruchnahme eingesetzt und die selbst gesteckten Ziele der Bundesregierung, die Flächeninanspruchnahme von jetzt 120 auf 30 ha/jährlich im Jahr 2020 stets nur als Minimalziel betrachtet. Aber auch dieses scheint bei einer Fortführung der gegenwärtigen Politik nicht erreichbar.

Aspekte der Baukultur haben für DIE LINKE eine hohe Priorität, u. a. weil ästhetische Vorstellungen der Avantgarde aus Kunst und Architektur sich mit den sozialen Ideen der politischen Linken verbinden. Baukultur ist auch eine Bildungsfrage. DIE LINKE hat die Bundesstiftung und die Diskussion um die Baukultur – auch die Initiativen im Bundestag – insgesamt unterstützt. Die bau- und wohnungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Bundestag, Heidrun Bluhm, hat im Rahmen des Arbeitskreises „Nachwuchs“ des Förderverein Bundesstiftung Baukultur e.V. eigene Projekte verwirklicht. DIE LINKE lehnt den Wiederaufbau des Berliner Stadtschlusses ab, weil es historisierenden Kitsch darstellt, das Gegenteil jeglichen baukulturellen Anspruchs. In diesem Punkt hätten wir uns klarere und distanzierende Worte von den Vertretern der planenden Berufe gewünscht. Das Humboldt-Forum muss auch in seiner äußeren Form den Zeitgeist des 21. Jahrhunderts widerspiegeln.

Die Stadtentwicklung ist in der Bundesrepublik von sehr unterschiedlichen Bedingungen geprägt. Schrumpfende Städte und Wachstumsregionen stellen sehr differenzierte Anforderungen an die Städtebauförderung. Abriss und gleichzeitige Verdichtung der Innenstädte einerseits und dringend notwendiger Wohnungsneubau möglichst ohne Flächenraub andererseits erfordern ein handhabbares Fördersystem und ein qualifiziertes und motiviertes Personal in der Bauverwaltung. DIE LINKE setzt sich für die Fortführung des Förderprogramms Stadtumbau Ost und die Verstärkung des Programms Stadtumbau West auf der Grundlage von den Bürgern beschlossener integrierter Stadtentwicklungskonzepte ein. Wir befürworten den Grundsatz des Rückbaus von außen nach innen, wobei die Großsiedlungen nicht einfach Rückbaumasse sind, sondern in die Aufwertungsstrategien integriert werden müssen. Förderprogramme sind so zu gestalten, dass auch Einzeleigentümer davon partizipieren können. Auch dann, wenn die Hausbank notwendige Kredite verwehrt. Deshalb setzen wir zusätzlich zu zinsverbilligten Krediten und Steuersparvorteilen auf Zuschussprogramme. Diese sollen vor allem jenen Eigentümern zu Gute kommen, die wegen nicht vorhandener Bonität oder unzureichenden Eigenkapitals einen Investitionsanreiz benötigen.

Der Stadtumbau bietet eine hervorragende Kulisse für die Gestaltung unserer Städte und Gemeinden zu modernen, innovativen Stätten des Wohnens, der Freizeit und der Arbeit. Politik und Verwaltung muss den Architekten und

Ingenieure Gelegenheit geben, hier ihr gesamtes kreatives Potential zu investieren. DIE LINKE will in dieser Hinsicht Partner sein. Die Ergebnisse von 3 Stadtumbaukonferenzen in der letzten Legislaturperiode und ein Konzept für eine „LINKE Stadt der Zukunft“ sind unser Angebot an Ihre Zunft.